

4.3 Phase II (1974-1982)

Umfeldbeschreibung

Die zweite Untersuchungsphase umfasst die Jahre 1974 bis 1982. Ihr Beginn war geprägt von den Folgen der Ölkrise von 1973, die sich in einer Vervierfachung der Ölpreise äußerte (vgl. Streb 2006: 22). In der dadurch ausgelösten ersten schweren Rezession der Nachkriegszeit nahm 1975 die gesamtwirtschaftliche Produktion in der Gemeinschaft zum ersten Mal seit Kriegsende absolut ab, wenn auch um weniger als 1 %. Nach einer kurzen Erholung gingen die Wachstumsraten bereits 1977 wieder zurück, später verstärkt durch die zweite Ölkrise von 1978/79. Erst ganz am Ende der Phase gab es wieder einen leichten Aufschwung (vgl. Europäische Kommission 1993: 207). So endete in jener Phase das ›goldene Nachkriegszeitalter‹: Die Wachstumsraten blieben geringer – durchschnittlich 2,5 % im Vergleich zu 4,8 % in der Vorphase –, die Arbeitslosigkeit stieg relativ kontinuierlich von 2,8 % (1974) auf knapp 9 % (1982), was mehr als einer Verdreifachung entspricht, die Konjunkturzyklen prägten sich aus (vgl. Europäische Kommission 1993: 200 und 207). Ein weiteres großes Problem dieser Phase war die Inflation. Sie lag 1974 im Durchschnitt bei 12,7 %, sank bis 1978 auf 7,8 % (vgl. 80/1265/EWG: 19), stieg dann jedoch wieder an (vgl. 83/674/EWG: 6). Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gab es dabei große Unterschiede: Im Jahr mit der höchsten durchschnittlichen Inflation (1981: 12,8 %) wiesen die Niederlande eine Rate von 6,8 % aus, während Griechenland mit 24,5 % den Spitzenplatz einnahm (vgl. 83/674/EWG: 6).

Die wirtschaftliche Entwicklung wirkte sich auch auf den politischen Bereich bzw. den Fortgang des Integrationsprozesses aus: Das 1969 vereinbarte Vorhaben, eine Währungsunion zu errichten, geriet bereits 1974 in eine schwere Krise, als Frankreich – ohne Absprache mit den anderen Mitgliedstaaten – den Wechselkurs des Franc freigab und somit aus der Währungsschlange ausschied (vgl. Gillingham 2003: 133). Auch andere Länder konnten die Wechselkurse nicht halten und scherten aus. Infolgedessen und auf Initiative von Helmut Schmidt und Valerie Giscard d'Estaing trat an die Stelle der geplanten Währungsunion das Europäische Währungssystem (EWS). Im Verhältnis zur Währungsunion war es deutlich bescheidener, weder wurde eine gemeinsame Geldpolitik angestrebt, noch von der Notwendigkeit einer supranationalen Wirtschaftspolitik gesprochen. Das EWS entsprang auch nicht dem Wunsch nach verstärkter Integration, sondern der Notwendigkeit, nach dem Ende von Bretton Woods und dem anhaltend starken Dollarkurszerfall im Winter 1977/78 die Gemeinschaft vor zu starken Wechselkursschwankungen zu

schützen (vgl. Ziltener 1999: 133). Zu diesem Zweck wurden im EWS die Wechselkurse der teilnehmenden Länder mit einer gewissen Bandbreite festgeschrieben, wenn der Kurs an die Grenzen der Bandbreiten stieß, waren die zentralen Notenbanken zur Intervention verpflichtet (vgl. Huffschild 1994: 43).

Neben dem EWS gab in dieser Phase keine großen integrationspolitischen Fortschritte. Die Mitgliedstaaten waren mit den Wirtschaftskrisen beschäftigt, wobei sie eher auf nationale als auf gemeinsame europäische Strategien setzten (vgl. Mazey 1996: 32). Überdies war die Entscheidungsfindung in einer durch die Norderweiterung von 1973 heterogener gewordenen Gemeinschaft (1981 begann mit Griechenland die Süderweiterung) nicht leicht, da das Einstimmigkeitserfordernis des Luxemburger Kompromisses noch immer in Kraft war. Festzuhalten bleibt die Gründung des Europäischen Rates im Jahr 1974, eine Institutionalisierung der bereits vorher stattfindenden Treffen der Staats- und Regierungschefs, die zum Ziel hatten, die Grundlinien der Politik der Gemeinschaft festzulegen. Weiterhin ist die erste direkte Wahl des Europäischen Parlaments vom 7.-10.6.1979 zu nennen, die selbiges deutlich aufwerte (vgl. Weidenfeld 2006: 22). Insgesamt machte zum Ende dieser Phase der Begriff ›Eurosklерose‹ die Runde, worunter das Zusammenspiel ökonomischer Stagnation und gesunkener Handlungsfähigkeit intergouvernementaler Gremien verstanden wird (vgl. Ziltener 1999: 127).

Zuletzt der Blick auf die politische Situation in den Mitgliedstaaten: Mit dem Regierungswechsel zu Margaret Thatcher in Großbritannien setzte 1979 ein politischer Wandel hin zu liberal-konservativen Regierungen ein, dem zu Beginn der 1980er Jahre alle Mitgliedsländer folgten (vgl. Gillingham 2003: 136ff). Nur in Frankreich war eine gegenteilige Entwicklung festzustellen: Aus den Wahlen von 1981 ging eine sozialistisch-kommunistische Koalitionsregierung unter Staatspräsident Mitterrand hervor, die zumindest in ihren ersten Jahren eine expansive Wirtschaftspolitik und Sozialisierungsprogramme verfolgte (vgl. Ziltener 1999: 137).

Intendierter Einfluss der europäischen Vorgaben auf die Interventionsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten und ihre Handlungsfähigkeit

Zur Untersuchung der Frage, ob mit Hilfe der europäischen Vorgaben die nationalstaatlichen Interventionsmöglichkeiten eingeschränkt oder ausgebaut werden sollten, werden diese vier großen Bereichen zugeordnet: Zum einen erfolgte eine Koordinierung im Hinblick auf die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion. Die Wirtschaftskrisen er-